

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 367.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Belegblätter für Halle a. S. Nr. 22. Durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die halbjährige Belegblätter sind zu 5 M. 50 Pf. zu beziehen. — Geschäfts-Verwaltung: (Halle a. S.) Druckerei (Halle a. S.)

Erste Ausgabe

Belegblätter für f. b. bezugsfähige Zeitungen oder deren Raum, Halle a. S. und Gatterbach 20 Pf. anzufragen. — Geschäfts-Verwaltung: (Halle a. S.) Druckerei (Halle a. S.)

Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Eing. Nr. 158; Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Schriftleiter: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Dienstag, 9. August 1910.

Verlagsstelle in Berlin: Weinbergstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Zedler in Halle a. S.

Herr Professor von Schmoller und das Landtagswahlrecht.

Von Wolfgang Eichenhart.

Als Herr Bilow der deutsch-freimüthigen Partei zu Liebe die Forderung einer Erbschaftsteuer für Kinder und Ehegatten und einer Milderung des preussischen Landtagswahlrechts stellte, ist es ihm und seinen Mitarbeitern schwerlich klar gewesen, zu welcher Verwirrung aller Parteiverhältnisse diese notwendigen Konsequenzen an eine Partei führen sollten, die durch ihre bisherigen Leistungen in derartigem Maße der Regierung und Opposition nicht den geringsten Fehltritt dazu erworben hatte. Wenn derartige, auf das tiefe in einer sozialen und politischen Leben einschneidende Zugeständnisse Parteien gewährt werden, die in längerer Zusammenarbeit ihre Regierungsfähigkeit dargelegt haben, so ist das verständlich. Wollte unverständlich aber sind solche Bewilligungen, wenn sie einer Partei wie der deutsch-freimüthigen gemacht werden, die Herr Bilow und Anhang konnte, daß alles Große, was in Preußen und Deutschland gelehrt war, nur in Kampfe mit ihr habe durchgeführt werden können. Diese beiden unglücklichen Fehler Bilow'scher Opportunistenpolitik hat heute unter Vorzeichen mit einer völligen Verwirrung aller Parteiverhältnisse zu befehlen, und vergebens haben besorgte Patrioten nach einem Ausweg aus diesem Wirrwahl, aus diesem Kampfe aller gegen alle. Denn nicht nur hat jener politische Feind die Beweglichkeit eines unglücklichen Bürgerlichen, wie sozialer Demokratie nach Herrschaft und Macht auf das unacharistische geistig, sondern leider auch in die deutsche, sonst so maßvolle Mittelpartei in der Souveränität unflarer demokratischer Bestrebungen hineingeworfen worden, der die schwersten Sorgen für Deutschlands parlamentarische Zukunft erwecken muß.

Während nun jeder Patriot heute auf das angelegentlichste befehrt sein sollte, die Parteien, besonders die liberalen, zu Wägung und zu feinem Zusammenhaken mit allen staatsverhaltenden Elementen zu ermahnen, sehen wir leider, wie auch oft hochintelligente Kräfte in verwirrender Weise in die Tageskämpfe eingreifen. Wir sehen mit Vergnügen, wie auch Vertreter der deutschen Wissenschaft, die doch in erster Linie der staatsverhaltenden öffentlichen Meinung eine Stimme gebären sollten, hinstimmen zu den höchsten Anforderungen der demokratischen Zeitgenossen. So hat jüngst Professor von Schmoller in Berlin sich in seinem Vorlesung in einer Weise über die Notwendigkeit einer Wahlreform in Preußen ausgesprochen, die sich in ihren unermesslichen Gemeinheiten nur sehr wenig über den Zeitartikel von linksliberalen Blättern erhebt. Professor von Schmoller fordert die baldige erneute Vorlage einer Wahlrechtsänderung, welche „der demokratischen Erziehung unserer Zeit Konzeptionen macht“. Denn diese „haben einer berechtigten Kern in sich“. Das bestehende preussische Wahlrecht aber sei das reaktionärste Wahlrecht Europas. Mit ihm, welches nur 32,8 vom Hundert der Wähler zur Wahlberechtigung bringe, „laufe man auf die Dauer die größte politische Gefahr“. Er sagt wörtlich: „Jede Verletzung braucht die Zustimmung, die innere Teilnahme der großen Mehrheit des Volkes. Kein Recht der Krone, der Regierung ist auf die Dauer haltbar, wenn nicht der größere Teil der Wähler innerlich mit Herz und Geist auf ihrer Seite ist.“ — Keine kann dauernd der Zustimmung, des Beifalles der Regierung entbehren. Das Dreifachwahlrecht legt 82,3 vom Hundert der Wähler in die dritte Klasse und erklärt sie so für eine quantitative Negligable. Die politische Bildung bleibt damit zurück. (?) Ein Teil der Wähler verfallt in politischen Stumpfheit, ein anderer hält sich für verletzt und wird extremen Parteien angetrieben.“ Zwar ist Professor von Schmoller ein Gegner der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, aber er verlangt die direkte und geheime Wahl.

Es versteht sich von selbst, daß Herr Professor von Schmoller des jubelnden Beifalles der Berliner Fortschrittblätter sicher ist. Um so größeren Widerspruch freilich müssen seine Ausführungen bei konservativen Politikern, ja auch bei gemäßigten Liberalen finden, denn es ist ja klar, daß diese Schmoller'schen Reduktionen Logikdarstellung zum allgemeinen Stimmrecht der Reichsverfassung führen müßten. Stellt man den Grundabstufung die Spitze, daß eine Regierung notwendigsgemäße von der Zustimmung „der Mehrheit aller Wähler“ getragen sein müsse, so steht man mit beiden Füßen auf demokratischem Boden und bekennet eine Lehre, die dem berühmten Schiller'schen Worte ins Gedächtnis schlägt, daß man ein Stimmchen wagen, aber nicht jäheln soll. Darum müssen wir gegen den Schmoller'schen Wahlreformismus nur mit um so größerer Entschlossenheit den Grundabstufung zur Geltung bringen, daß es für den Gang der Staatsmaschine nicht darauf ankommt, ob die Mehrheit des Volkes zustimmt“, sondern vielmehr darauf, ob die Regierung die Urteilsfähigkeit und Intelligenz — sei sie auch nur von einer Minorität vertreten — für sich hat. Für den Staatsmann und Gesetzgeber kommt es nicht darauf an, was „der größere Teil der Wähler wünscht“, sondern es kommt für ihn vielmehr nur

in Frage, welche gesetzgeberische Maßregel gut und gerecht ist. Die Frage aber, was gut und gerecht ist, wird in den meisten Fällen immer nur von einer kleineren Minorität, einer geistigen Elite, erkannt werden. Die Massen werden vielleicht ihre eigenen Interessen richtig beurteilen, aber über das Gesamtleben des Staates selten eine richtige Auffassung besitzen. In der Konfliktzeit hat Bismarck gegen die „Massen“ regiert, und die Weltgeschichte hat ihm Recht gegeben. Denn der ist zum Verrathen berufen, der die Ideen erfährt, nach denen die Zeitperiode imflu ringt. Das sind aber nur selten die Massen. Darum kann ein richtig orientiertes politisches Stimmrecht immer nur ein solches sein, welches sich mit Garantien umgibt, daß auch wirklich die dem Wahlen die überlegenen geistigen Kräfte, aber auch die Kräfte des Volkstums, der patriotischen Ehrlichkeit, der Erfahrung und bewährten Loyalität zur gebührenden Geltung kommen. Nicht vor das preussische Wahlrecht aufrecht erhalten will, sondern vor jene Notwendigkeit eines abstuften Wahlrechts verkennt, ist, mit Schmoller zu reden, „gegen die großen historischen und politischen Katastrophen blind“, denn diese zeugen überall von der Kurzsichtigkeit aller radikalen Demokratien.

Schon vor 35 Jahren hat sich Professor von Schmoller bei seinem ersten öffentlichen sozialpolitischen Vortrag vor dem großen Geschichtsdarsteller Heinrich von Treitschke die bittere Wahrheit sagen lassen müssen, daß jede Staatsordnung immer in gewissen Erben eine Art *Leitkultur* nicht sein werde. Das heißt, so lange es der Demokratie nicht gelingt, den Einheitsmenschen zu züchten, wird jedes Staatswesen, je bürgerliche Gesellschaft sich bilden und nach Klassen gruppieren. Ueberlegen Intelligenz, Klugheit, Kenntnis, Loyalität, Fleiß und Erfahrung werden immer die geistige Aristokratie einer herrschenden Klasse hervorgerufen, während die Massen, auch wo sie zu herrschen glauben, wie in Demokratien katastrophal immer beherrschet und geleitet werden.

Eine verständige Staatskunst aber wird diese tief, in der menschlichen Natur begründeten Verhältnisse anerkennen müssen. Sie muß sich ihnen, aber nicht rebellieren. Nur eine durch und durch sentimentale Zeit kann darüber Schmoller etwas Verlockendes für die Massen erwidern. Was die religiöse Betrachtung mit Recht von einer überirdischen Gleichheit der Menschen ausgeht, das Reich des Staates ist von dieser Welt. Darum kann man nicht sagen: Die Leistung dieses Menschen hat für mich einen höheren Wert als jenes, darum gebe ich ihm auch ein höheres Wahlrecht. Darin liegt so wenig für die Juristen etwas Verlockendes, wie in der doch von jedem anerkannten Tatsache, daß der Herrscher weniger gilt als der Gerichtspräsident, daß der Ministerialrat einer höheren Rang hat als seine Bureaubeamten, der Professor mehr geachtet wird als der Universitätsdiener. Warum wendet man diese sozialen Unterschiede, die man doch überall anerkennt, nicht auf das politische Wahlrecht an? Aus unpraktischer, sentimentaler Schwäche. Das Wahlrecht aber ist nach richtiger Auffassung eine Entscheidung, ein Gegenrecht für soziale Leistungen.

Es ist ein ganz unklarer, die Lage verwirrender Ausdruck, wenn Schmoller behauptet, die Wähler der dritten preussischen Wahlklasse würden durch dies System als quantitative Negligable behandelt. Solche Ausdrücke in ihrer gefährlichen, leicht zu Mißverständnissen und Volksverwirrung führenden Unklarheit sollte man der sozialdemokratischen Presse überlassen. Nicht eine Mißachtung, sondern die einfache Erklärung des Staates: „Die Leistungen dieser Klasse für mich schätze ich nicht, wie die Leistungen einer anderen, darum kann ich ihnen auch nicht dieselben Rechte geben. Denn mein Grundabstufung ist: Je höher die Leistungen für mich, um so höher die Rechte, die sie eine Entscheidung für jene.“

Genau täuscht sich Professor von Schmoller über die Wirkung des Landtagswahlrechts, wenn er meint, die durch dieses zurückgesetzten Bürger verlieren dem Stimmrecht oder würden extremen Parteien angetrieben. So haben z. B. in Wamburg a. S. bei der letzten Landtagswahl die meisten Oberlandesgerichtsräte in der dritten Wahlklasse wählen müssen, ohne daß jene Herren deshalb, wie Schmoller voraussetzt, „in politischen Stumpfheit verfallen sind“. In Berlin hat sogar aktive Staatsminister das gleiche Schicksal getroffen, ohne daß diese, wie Schmoller furchtbar, beschuldigt, „extremen Parteien zugeführt wurden“. Das gleiche Schicksal trifft den Wähler, daß es die Leistungen für den Staat nur, nach dem Werte der Steuerzahlung bemisst und der Intelligenz an sich nicht zu ihrem Rechte verhilft. Aber einerseits liegt höheres Einkommen und höhere Bildung meist vereint zu sein, andererseits haben die Verhandlungen des letzten Landtags nur Genüge gezeigt, wie schwer es ist, den Begriff der „Bildung“ zu bestimmen und wie weit die Ansichten der Parteien hier auseinandergehen. Darum sollte man hier vorichtigst vorgehen, aber nicht in jener sturheit fordernden Weise wie Professor von Schmoller gleich das Schredbild der Revolution an die Wand malen und diejenigen konterattiven

Politiker, die zu fähiger Vorlicht und Besonnenheit mahnen, veranlaßt machen „für künftige große Skatolatrien“. Jede Wahlrechtsänderung ist ein gefährlicher Sprung ins Dunkle, dessen Wirkung niemand, auch Herr Professor von Schmoller nicht, berechnen kann. Welche Garantien kann er denn bieten, daß mit einem nach seinen Anschauungen umgebildeten Wahlrecht auch wirklich regiert werden kann?

Ja, Bauer!

In Spanien droht der Streit zwischen Staat und Kirche in einen bewaffneten Kampf zwischen fanatisierten Volksmassen und den Vertretern der Staatsautorität auszuarten. Die spanische Regierung, an deren Spitze der Liberale Canalejas steht, ist aber entschlossen, alle vom Klerus angelegten Revollen schon im Keim zu ersticken. Aus Madrid wurde vom Donnerstag gemeldet: „Der Deputierte Pelu hat im Namen Don Simoes an alle spanischen Spaniens einen Aufruf erlassen zur Teilnahme an der katholischen Kundgebung, die für nächsten Sonntag in San Sebastian geplant ist. — Aus den Provinzen Navarra, Alaba, Biscaya und Guipuzcoa werden Anzeichen einer ausländischen Bewegung gemeldet. Es sind Truppen dorthin entsandt worden. Die Regierung hat dem spanischen Gouverneur und dem Generalcapitän Anweisung erteilt, Manifestationen nach San Sebastian mit Gewalt zu verhindern und überall dort, wo es erforderlich sein sollte, Truppen zu entsenden.“

Am Freitag hat der Ministerpräsident Canalejas einem Berichterstatter erklärt:

„Wenn die Katholiken an anderen Orten manifestieren oder wenn sie mit der Bundesarmee in Bilbao werden wollen, bis der Streit daselbst beendet ist, so werde ich mich der Verantwortung nicht widersetzen. Aber die Umstände, unter denen sie die Kundgebung veranstalten wollen, lassen diese als unangeleglich und aufrührerisch erscheinen. Ich weiß, daß in manchen Ländern die Zeichen an die Menge Revolven und Faktionen verteilen. Die deutschen Behörden haben die Aufgabe, die Schwärmer zu verfolgen. Ich weiß auch, daß die Manifestanten von Frauen und Kindern begleitet sein werden, um das Eingreifen der bewaffneten Macht unmöglich zu machen. Aber ich bin entschlossen, die Kundgebung zu verhindern. Ja werde den Geleiten Achtung verweigern.“

Sein verständiger Mensch wird diese Entschlossenheit der spanischen Regierung lobend würdigen, aber ganz merkwürdig berührt das Wort ihrer Entschlossenheit aus der Feder eines Mannes, der doch in Deutschland demokratische Kundgebungen veranlaßt wurden, wie wir sie im Frühjahre bereits erleben. Auch damals, wie z. B. in Braunschweig, griffen die Demonstranten ja bereits zum Revolver. Wie würde in dem Falle eine entschlossene Regierung mit ebenvollem Zorne behandelt sein! Ja, Bauer, das ist eben ganz was anderes.

Ein anderer Bild! Die Vereinigten Staaten wollen Liberia unter Schutzherrschaft nehmen. Die fortschrittliche deutsche Presse findet das ganz in Ordnung, obgleich sie doch sich gegen die, daß wir in Liberia immerhin wichtige Handelsinteressen haben, und daß Amerika so wenig daran denken wird, uns dort die Tür offen zu halten, als es dies im New-Yorker Parlamente tut. Aber dem Auslande gegenüber werden nicht nur die nationalen, sondern sogar die eigenen wirtschaftlichen Interessen vom Fortschritt verungelant. Ungenau hoffst aber ist es, in den demokratischen Wählern den Eindruck zu setzen, daß Amerika ja gar nichts anderes übrig bleibt, als sich Libertas anzuschmecken, da die bürgerliche Republik ihre Unfähigkeit zur Regelung ihrer eigenen Verhältnisse erwiesen habe. Die letzte Tatsache ist unbestreitbar, aber was beweist sie? Nach lange nicht das Recht Americas, über die Interessen europäischer Mächte in Amerika zur Tagesordnung überzugehen! Wohl aber beweist sie gründlich und schlagend die Unfähigkeit der schwarzen Nation, sich selbst zu regieren! Gleichwohl tritt unsere freimüthige Presse in den eigenen deutschen Kolonien nicht etwa für eine verständnisvolle Erziehung des Neger zu sittlichem Selbstbewußtsein und praktischer Arbeit ein, sondern unterliegt in jeder Hinsicht seinen Tümpeln. Ja, Bauer, das ist eben ganz was anderes!

Ein anderer Bild! In einer Farbigenpartei, die in Berlin Goldstücke gibt, ist es wiederum zu idiosyncrasen Szenen gekommen, die denen gleichen, die man bei der Abfahrt der Nigger vom Berliner Hauptbahnhof vor einigen Monaten zu befragen hat. Junge Mädchen aus dem reichen Berlin sind nachts in Automobilen zu dieser Farbigenpartei geeilt, um nach Schluß der Vorstellung in den Strohhütten derselben eine private Vorstellung von deutscher Frauenwürde zu geben. Man sieht diesen Standesunterschied zu wollen und damit sind wir von Herzen einverstanden, sofern nur die nötigen Schutzmaßnahmen daraus gezogen werden: daß nämlich derartige Vorstellungen verboten oder die farbigen Mädchen nach Schluß der Vorstellung unter strenge polizeiliche Aufsicht genommen werden. Gewiß, es wäre doch richtiger, den tatsächlich am meisten schuldigen weiblichen Teil unter polizeiliche Aufsicht zu stellen. Aber man denke das Gedächtnis vom ganzen Kurfürstentum, wenn hier einmal die Forderung in vergleichenden Pflichten gegen Reich und Arm gezogen würde. Man bedenke das Gedächtnis über die schamlose Ver-

drückung der Freiheit, wenn diesen Fortgängen die Möglich-
keit genommen würde, über das deutsche Volk zu spotten
und zu höhnen. Wie kommt es aber, daß dieselbe demo-
kratische Presse, die über jede an sich besagliche und
von niemand befürchtete Verwirrung in aristokratischen
Kreisen nicht Worte genug der Tunge finden kann, so
mühsamschwerlich ist über dieselbe Massenflut aus dem
„gebildeten Viertel von Berlin“? Ja, Bauer, das ist
eben ganz was anderes!

Ein außer Wild! Die Allgemeine Fleisch-
zeitung! Ich über den Ausfall des Berliner Viehmarktes
am 30. Juli dieses Jahres wörtlich folgendes:

Auf die jetzt in allen Centralmarkten erzielte Frage, ob
dem die Fleischpreise niedriger werden können, gibt der be-
deutende Viehmarkt eine mehr denn deutliche Antwort — und zwar heißt,
daß die Fleischpreise schon in den nächsten Tagen eine unabweir-
bare Steigerung erfahren müssen. Seit über 20 Jahren ist ein
so geringer Auftrieb von Rindern nicht mehr dagewesen, wie am
heutigen Viehmarkt; er betrug nur 2822 Stück, wovon noch ein
bedeutender Teil exportiert wurde. Am 31. Juli 1900 betrug der
Rinderauftrieb 3750 Rinder; es sind dies also 1137 Tiere, das ist
etwa ein Drittel weniger als im Vorjahre; infolgedessen stieg der
Preis bis auf 85—88 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Der
Auftrieb der Kühe betrug nur 686 Tiere gegen 1273 Tiere am
gleichen Markttag im Vorjahre, also ein Viertel weniger; infolge-
dessen stieg ebenfalls der Preis bis auf 4—1,20 Mark pro Pfund
Schlachtgewicht. Schafe waren 1906 weniger als im Vorjahre
aufgetrieben, bezuglich Schafe über 600 Stück. Wird diesen
Zahlen gegenüber nicht ein Blick auf den Auftrieb der Ziegen für
den Grenzfall der Viehpreise im Vorjahre genügt sein?

Im Viehmarkt liegen die Verhältnisse freilich ganz
anders. Trotzdem nämlich der Auftrieb etwas hinter der
gewöhnlichen Höhe des Viehmarktes zurückblieb und der
Fleischmarkt somit eigentlich schnell und zu festen Preisen
nicht geräumt werden mußte, war gerade das Entgegen-
gekehrte der Fall: in der Zentralmarkthalle wickelte sich der
Engros-Viehkäufel so langsam und spärlich ab, daß es
nur mit Mühe möglich war, den erforderlichen Vorrat
teilweise an die Ladenhändler abzugeben; es konnten sogar
mehr Schweißpreise beobachtet werden. Darüber hinweg
natürlich die Allgemeine Fleischzeitung! Auch
über den Ausfall des am 30. Juli unmittelbar folgen-
den Mittwochsmarktes vom 3. August verliert sie kein
Wort, obwohl dort ein so großer Auftrieb von Rindern
war, wie seit langer Zeit nicht mehr. Er betrug 894
Stück gegen 235 Stück am 4. August des Vorjahres, also
659 oder zweier Drittel des Bestandes mehr als im Vorjahre.
Da der Auftrieb so rührend sich gegen das Vorjahr ver-
halten gleich gelassen war, also keinen Ausverkauf bringen
konnte, so fiel der Preis für Rindvieh um 2 Mk., für
Kühe um 1—2 Mk. pro hundert Pfund Lebendgewicht.
Schweine waren 3683 Stück mehr als im Vorjahre aufge-
trieben und die Preise stiegen um 3—4 Mk. pro hundert
Pfund. Warum wirft die „Allgem. Fleischzeitg.“ nun
nicht angeichts dieser Tatsache die Frage auf, ob der Auf-
trieb nach Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlach-
tvieh nun endlich verumtelt wird? Ja, Bauer ...!

Der Kronprinz reist nach Ostasien.

Eine große Auslandreise des Kronprinzen wird schon
in folgender halbmonatlicher Werbung angekündigt: „Se. Kaiserliche
und Königliche Hoheit der Kronprinz wird voraussichtlich im
November d. J. eine Studien- und Informations-
reise nach Ostasien, unter Verhütung von
Indien, antreten.“

Eine so viele Reize des Tropenreises ist im neuen Deutschen
Reich etwas Neues. Kaiser Friedrichs vierte Reise als
Kronprinz erfolgte vor der Reichsgründung. Er nahm als
preussischer Kronprinz 1869 an der Eröffnung des Suezkanals
teil. 1883 reiste er als Kronprinz des Deutschen Reiches mit
einem Geschwader nach Spanien, später nach Rom. Das Jahr-
alter der Weltpolitik des Deutschen Reiches war im Beginn; es
trat nach dem Tode Kaiser Friedrichs deutlich hervor. Der
am weitesten gereiste Hofbeamte war nun Prinz Heinrich.
Eine Weltreise hatte er schon 1878—80 ausgeführt. 1893 legte
er sich das Überwachen über das Kreuzfahrergeschwader in
Ostasien. Die China-Expeditionen führten ihn von neuem
dorthin. Im Jahre 1902 kommt er zur Zeit der Kaiserkrone
nach den Vereinigten Staaten und genießt auf seiner Reise
durch die neue Welt als Vertreter des deutschen
Kaisers hohe Ehren. Unseren Kaiser selbst führen
Schiff und Eisenbahn in weite Fernen. Sein Zug betrifft
schon 1898 Konstantinopel und Palästina. 1905 erfolgt mit
der vielmehrteiligen Fahrt nach Tanger sein Besuch auf afri-
kanischen Vöden. Bald das Mittelmeer, bald das Meer im
loosen Norden durchquert das Kaiserreich. Weltlich fährt auch
der jüngste Seemann im Hause Hohenzollern, Prinz Waldemar.
Der Kronprinz folgt, und das Schiff trägt ihn dorthin,
wo die vielleicht mächtigste Flottenvermehrung der Zukunft liegt,
wo sich das deutsche Reichland in China verfährt, wo unser
Handel sich und mächtig langsam sich seinen Weg gebahnt hat
und die Schiffslinien unserer Dampfergesellschaften ununter-
brochen die deutsche Flagge zeigen. Ein glücklicher Gedanke, den
Erben der deutschen Kaiserkrone, den künftigen Herrscher unseres
Reichs, nach dem fernsten Osten zu senden! Ein Gedanke, der
vom kaiserlichen Vater, dem Schöpfer unserer großen Flotte,
dem Förderer unserer Weltpolitik, ausgegangen sein mag und
der Sohn freudig ergreift und zu dem seinen gemacht hat.
Alldeswegen wird jedenfalls diese Reise des Kaiserthrones mit
den besten Wünschen begleitet, und wird jede Ehre einer ge-
richtigen Aufnahme bei dem fernsten Willen wie eine ihm selbst
widerfahrende Ehre betrachten.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Kaiserin sind am Sonnabend abend
9 Uhr 35 Min. in Kassel eingetroffen und haben sich nach
Schloß Wilhelmshöhe begeben.

Der deutsche Schiffvertrau an die Türkei. Halb-
amtlich wird heute gemeldet, daß der Verkauf zweier Schiffe
der Brandenburg-Klasse, (Kaiserlich Friedrich Wilhelm) und
„Weschenburg“, nach „Brandenburg“, wie es Anfangs hieß) an
die Türkei am Freitag abgeschlossen worden ist. Der Kaufpreis
beträgt 18 Millionen Mark. — Mit dem Verkauf der beiden
Kriegsschiffe scheiden aus unserer Marine zwei Schlachtschiffe
aus, die zwar als brauchbare Obleter der Flotte mit Rücksicht
auf deren große Aufgaben im Falle eines Krieges nicht mehr
in Frage kamen, die sich jedoch noch bei den ostasiatischen
Unruhen, aus denen sie ohne reparaturbedürftig zu sein, ins
Wandern gingen, als brauchbare Schiffe erwiesen haben. Die
Türken kann daher mit dem Erwerb dieser Schiffe durchaus
zufrieden sein, da sie den Aufgaben, welche sich der türkischen

Flotte in absehbarer Zeit bieten dürften, zweifellos in jeder
Weise gewachsen sein.

* Kein Gelanbantenbesuch in Peking. Man schreibt uns:
Aus der „Kauflaus-Bots“ ist in die deutsche Presse die Nach-
richt übergegangen, der deutsche Gesandte in Peking, Graf
von Helldorf, werde in diesem Herbst einen längeren Heimatsurlaub
antreten und nicht wieder nach China zurückkehren. Wenn
hingezugelt wird, daß am maßgebender Stelle von dieser Tat-
sache noch nichts bekannt ist, so tritt dies allerdings zu. Aber
nicht nur die maßgebende Stelle in Berlin, sondern auch Graf
von Helldorf selbst dürfte von der Meldung überrascht sein, die tat-
sächlich über den Urlaub entbehrt. Daß der Gesandte in diesem
Herbst einen längeren Heimatsurlaub antritt, ist nicht unwar-
scheinlich, denn es entspricht durchaus dem in der Diplomatie
herrschenden Brauch.

* Verbot des gewerblichen Musikierens von Militä-
kapellen. Der hiesige Kriegsminister erordnete, daß das
gewerbliche Musikieren von Militärschiffen im allgemeinen
nicht mehr stattfinden darf. Ausnahmefälle sind nur dann
erlaubt, wenn die Musikanten dadurch keinen Schaden
erleiden. Diese Maßnahme dürfte zur Folge haben, daß die
Truppenteile ihrer Musikkapellen, die bekanntlich hauptsächlich
in den Divisionskorps unterhalten werden, wesentlich
vermindern.

* Zur Frage der Vereinfachung der deutschen Eisenbahnen.
Der Deutsche Handelsrat richtete am 5. August an seine Mit-
glieder ein Rundschreiben, in welchem er barmut, ihm über Vorschläge
zu berichten, die sich ihm im Hinblick ergeben, daß die deutschen
Eisenbahnen nicht mehr weiter, als es bisher geschehen ist, vereinfacht
sind. Beispielsweise könne es sich um Vereinfachungen und Vereinfachungen
an den Grenzen der Eisenbahnverwaltungen und um Nachhilfe
durch Leitung des Verkehrs auf Umwegen handeln.

* Neue Rindviehsteuer für die Ausstellung Buenos Aires.
Bekanntlich sind 40 deutsche Rinder, die von der Deutschen Landes-
wirtschafts-Gesellschaft in Berlin für die Internationale Ausstellung
für Landwirtschaft in Buenos Aires gekauft waren, wegen Zuerkennung
von den argentinischen Behörden zurückgegeben, und gegenwärtig
unterliegen die Ergebnisse der in Deutschland vorgenommenen Sectionen
der Bearbeitung durch die staatlichen Veterinäre. Wie uns aus Ham-
burg aus sicherer Quelle berichtet wird, beschäftigt die bekannte
Firma G. G. G. in Berlin die Internationale Ausstellung in
deutsch-argentinischer Sache mit Buenos Aires zur Ausstellung dem-
nächst gelangen zu lassen. Es kann dies wohl als ein Beweis dafür
gelten, daß man die Ausstellung deutscher Viehes in
Argentinien recht hoch bewertet. Andererseits hätte ein privater
Unternehmer nach der Zurückholung der 40 Rinder nicht den Mut
gehabt, auf eigenes Risiko die in Kaufung aus Buenos Aires zu bringen.
Es kommt für Argentinien wohl ausschließlich ins Uffizielles
in Betracht, da Schädlichkeit dort in geringerer Maße gesücht wird.

* Kaufmännische Berufsbuchführung in Wilhelmshaven.
Die schon vor dem Beginn der Unternehmung im Westproseß
von der Marineverwaltung geplante Umänderung der Berufsbuch-
führung nach kaufmännischem Muster ist jetzt auf der
Reichsverwert Wilhelmshaven zur Tatfache geworden. Zunächst
beschäftigte ein Mitglied der Treuhandgesellschaft in Berlin den
Verstorbene, um zu ermitteln, ob die doppelte Buchführung
möglich sei. Der Sachverwalter beauftragte dies und ein Mit-
glied der Dresdener Bank bildete eine Anzahl Werkbeamte in
der kaufmännischen Buchführung. Alle Vorarbeiten sind
jetzt erledigt. Durch die Vereinigung der Buchführung tritt
eine Verminderung des Schreibverkehrs ein, verbräuche doch die
Kleiner Reichsverwert nach amtlicher Angabe in einem Jahre
24 000 Kilogramm Papier für die verantwortliche Rechnungs-
legung.

* Der Verfarbeiterstreik in Hamburg. Die Ver-
sammlung der Verfarbeiter am Sonnabend nachmittag folgte,
wie schon mitgeteilt, betreffs der zu ergreifenden Maßnahmen
folgenden Beschluß: „Da infolge der Ablehnung der von
der Verfarbeiterorganisation gestellten unannehmbaren Forde-
rungen die Arbeiter auf dem Werften in Hamburg in den Aus-
stand getreten sind, wurde in einer heute abgehaltenen Ver-
sammlung des Vereins der Geschichtswerker Deutschlands
ein stimmig beschlossen, im Laufe der nächsten Woche eine
große Demonstration einzutreten zu lassen.“ —
„Unseren Glauben getreu von 9 bis 2 Uhr die Verhandlungen
und die Mithilfe der Verfarbeiter. Zu Verhandlungen sind
hisher noch nicht gekommen. Vor den Werften sind am Hafen
waren Kolonnen aufgestellt. — Voraussichtlich wird durch
das feste, entschlossene Vorgehen des Vereins der Geschichtswerker
ein weiteres Umfassen des Ausstandes verhindert,
und die rasch erfolgende Sperrung dürfte die Arbeiter, zumal sie
eine höchst unangenehme Zeit für ihren durch nichts berechtigten
Ausstand gewährt haben, sehr bald eines Besseren belehren.“

* Herr Bernburg, der gegenwärtig an der Dittze im Seeboote
Aghenshoop in Weidenburg weilt, wird in den nächsten Tagen in
Berlin zurückzukehren. Die Ausreise nach Ostasien geht am
15. August in Angriff. Über die Dauer seines dortigen Aufent-
halts ist zunächst noch nicht bestimmt worden.

* Der Aufschuß im Hafen von Pola. Wie das
Wiener R. A. Telegramm-Bureau von jenseitiger Stelle
erfährt, ist die von deutschen Matrosen gebrachte Meldung, daß
die deutsche Segelgaleat „Mild“ durch österreichische
Torpedoboote in den Gewässern von Pola angehalten worden
ist, nicht zutreffend. Die Nachricht ist vielmehr entsprechend
den Vorkurschritten wie fremdähnliche Fahrzeuge, daß sich
in den Territorialgewässern des Festungsgebietes aufhält, nur
von einem Torpedoboot beobachtet und später von den Zoll-
organen visitiert worden. Nachdem diese Visitation nichts An-
söhnliches ergeben hatte, konnte die Fahrt ihre Reise fortsetzen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der Herzog und die Herzogin von
Cumbertland trafen mit dem Prinzenjöhann und dem Groß-
herzog und der Großherzogin von Weidenburg-Schmerin sowie
den Prinzessinnen Maximilian und Olga von Baden Sonntag
morgen aus Gmunden zum Besuche der kaiserlichen
Familie in Sicht ein und nahmen am Familienbinder teil.
Am Nachmittag kehrten der Herzog und die Herzogin nach
Gmunden zurück.

Die spanische Krise hat am gestrigen Sonntag, trotzdem
die katholischen Organisationsausschüsse an die Bevölkerung die
Mittlung haben ergeben lassen, von den geplanten
Rundgebungen Abstand zu nehmen, doch noch
zu Straßennrunden, wenn auch nicht so bedeutender
Natur, wie man es erwarten durfte, geführt. Etwa 1000
Personen versuchten in San Sebastian ein Haus zu
erstürmen, das von Manifestanten belegt war. Die
Polizei mußte einschreiten. 44 Personen wurden
verhaftet. Die Ruhe wurde bald wieder hergestellt.

Großbritannien. Der neue Panzerkreuzer „Lion“ ist
am Sonnabend in Deptford von Stapel gelassen worden.
Nach seiner Vollendung im nächsten April wird er eine

Wasserverdrängung von 26 000 Tonnen und eine Geschwindig-
keit von dreißig Knoten besitzen. Seine Hauptartierung wird
aus acht 180/200-jährigen Geschützen bestehen.

Türkei. Die am Sonnabend verbreiteten Gerüchte über
eine Ausrückerei der nach Haran bestimmten Truppen
haben sich als unbegründet herausgestellt. Das Generalf-
führer zu diesen Gerüchten Anlaß bot, war bei Schiffs-
bungen abgegangen worden.

Der Präsident in Brasilien. Aus Rio de Janeiro
wurde am Sonnabend gemeldet, daß am Bord des als Maritimer
eingetragenen Dampfers „La Plata“ der Enkel des Kaisers
Dom Pedro II., Prinz Ludwig von Braganza, an-
genommen sei. Die Polizei habe ihm die Landung unterlagert.
Der Prinz reiste nach Argentinien weiter. — Inzwischen scheint
sich aber die brasilianische Regierung eines Besseren bedonnen
zu haben, denn die Agence Santos berichtet am 7. August aus
Rio: Die Regierung hat dem Prinzen Ludwig von Braganza
Gehalt erteilt, an Bord zu gehen. Der Prinz, der zur Ordnung
von Familienangelegenheiten gekommen ist, wird längere
Zeit im Lande verweilen.

Perlen. Auf Grund einer ihr vom Mehrheits ertheilten
Vollmacht, innerhalb von drei Monaten durch geeignete Mittel
die Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen, hat die
Regierung verschiedene strenge Maßregeln getroffen und unter
anderen das Waffentragen bei schweren Strafen verboten. —
Ein Telegramm aus Teheran, 8. August, meldet: Die
Regierungstruppen liegen gegen die Fidschis auf; die
Kämpfer sind ab und an. Am 9. d. M. war der Straßen-
kampf zu Ende, und die Fidschis streckten die Waffen. Sie
wurden mit den Führern Sattar Khan und Baghit Khan
gefangen genommen. Sattar Khan wurde verurteilt. Die
erlittenen Verluste sind noch nicht bekannt.

Ägypten. Der Minister Ghayyati in Kairo wurde wegen Ver-
fehlung eines Landes revolutionärer Geistes in absentia zu
einem Jahre Gefängnis verurteilt, ein Mitangeklagter erhielt drei
Monate Gefängnis, zwei weitere Angeklagte wurden mit einer Ver-
warnung entlassen.

Die Unruhen in Indien. Siebenundzwanzig politische
Verdächtige sind in Ostbengalen und Assam ver-
haftet und in das Gefängnis nach Dacca abgeführt
worden. Die Verhaftung richtete von Sighet bis nach
Kalkutta. Der kürzlich von der Regierung verbreiteten
Nachrichten über die Verhaftung der Verdächtigten, die
Aufsicht über die Gefangenen fort. Wie aus einer
Quelle verifiziert wird, sind die Hauptaufmiegler neben
indischen Reichsbeamten der Regierungs- und Bahnbeamten
selbst, die die unvollständigen Dorfbesitzer zu Aufständischen
anführten. So wurden kürzlich die gemauerten Durchgänge des
Eisenbahndammes der Assam-Bengal-Bahn mit Erde zu-
geschüttet, so daß bei eintretendem Regen ein Dammbruch in
einer Ausdehnung von 32 Meilen entstand.

Die Luftschiffahrt.

Zwei Überlandflüge.

Rath am hat als erster den großen Überlandflug von Calais
nach Nizza durchgeföhrt. Er verließ Calais am Sonnabend
früh 6 20 Uhr, war er auf dem Flugfeld von Calais aufgetrieben
Rath am 3 Uhr, wurde er in Paris hoch in den Lüften gelichtet und
gegen 1/4 Uhr flog der Eindecker des flühen Piloten durch über dem
Dünemere der französischen Hauptstadt dahin, um fünf Minuten nach
5 Uhr in Nizza lande zu landen. Eine gewaltige Menge von
etwa 30 000 Menschen besetzte den Flugplatz bei seiner Landung
begleitete Flugplungen. Wie man nun, der kurz nach Rath am
in Calais aufgetrieben war, erfuhr gegen 1/2 Uhr in seinen Franzosen
Zweidecker über Paris und landete eine Stunde später gleichfalls glücklich
in Nizza bei Moulins.

Überlandflüge französischer Offiziere.
Zwei von Offizieren geführte Aeroplane, die am Sonnabend 7 Uhr in
Nancy gelandet. — Später trat noch ein dritter Aeroplane ein.
Die Führer der drei Aeroplane hatten eine militärische Aufgabe
erhalten, indem sie während des Fluges eine bestimmte Zahl von
Beobachtungen machen mußten. Die Militärschiffe sind über das
Ergebnis des Fluges sehr bestrebt.

Trümmerei und Wirklichkeit am und im Ehrenfeld der Division v. Franke am und im Zwiepwald.

(Fortsetzung.)

Ich lese die Anzeigen der Denksteine; die Zahl der
Braven, welche die Denksteine nach ihrer Inschrift denken,
wächst, je weiter ich weiter schreite. Jetzt kommen ich zu
zwei Gräbern, deren Gesteine die Nummern 147 und 148
tragen; wie ihre Inschrift fund tut, birgt das erste die
Gebeine von 70, das zweite die irdischen Reste von 40
österreichischen und preussischen Soldaten. Hier, sagte ich
mir, muß die Stammpflege der 10. Kompagnie des Regts. 27
gewesen sein.

An der letzten Aufsteige ihres haben Hauptmanns
Meyer von Westerbogen, der an seiner hier im Zwiepwald
erhaltenen Wunden am 12. Juli 1866 in Schloß Gertrud
verstorben ist, hatte ich schon am Morgen auf dem Friedhof
von Gertrud gefunden, zu dem man vom Schloß aus
etwa 600 Schritt zurückzugehen darf; links neben ihm sind
der Hauptmann Dietz der 4. Komp. Regt. 27 und der
Adjutant der 13. Infanterie-Brigade Premierleutnant
Wiber vom Regt. Regt. 5 beisetzt, beide ebenfalls im
Schloß Gertrud an ihren Wunden verstorben. Der erlere
erhielt am 28. Juli 1866.

Zu meiner Mutmaßung bestimmt mich die Mitteilung
des bereuigten Oberst v. Sommerfeld. — Sein Vater hat
an der Spitze des 1. Bat. Regts. 27 den Selbsten und den
Beifolgende des Zwiepwaldes gefunden und ist mit dem
Premierleutnant v. Wipfliden 11 von der 4. Komp. im
Feld bei dem Gehöfte des Gutbesizers F. von Soden in
Schloß Gertrud am Morgen abgefahren; das Denkmäl, welches
die Ruhestätte dieses kranken Offiziers schmückt, trägt die
Nummer 211. — Oberst von Sommerfeld, welcher am Tage
nach der Schlacht das Geschwader der 10. Kompagnie als
junger Leutnant befehligte, schiederte es als ein grauniges
Leidenschaft — Illustrierte der 10. Kompagnie sah er wie
Kalterhölz überanderan liegend und unter den Toten fast
lebendig begraben noch einige hilflose Schwerverwundete
— doch auch drüben bei den Soldaten, die damals südlich
des Luernwegs vom Schloß im Frühjahr 1866 noch auf-
gestellt waren, fand er die Reichen des Gegners in wahren
Maffen. Seit jenem Tage, da ich im September 1876 noch
längerem Verweilen in Paris im Ehrenfeld bei Saarbrücken
vor dem Grabe meines Landesmannes Hildebrand fand, der
als junger Artillerieleutnant mit seinen Kameraden die
ersten beiden Geschütze auf den Hohen Berg in der Schlacht

